

NEUE HERAUSFORDERUNGEN



Uri Ariel, Abgeordneter des Ichud Leumi an der Knesset und Architekt einiger jüdischer Städte und Dörfer in Judäa-Samaria-Gaza. (Foto: Bethsabée Süssmann)

Von Roland S. Süssmann

Die Räumung der jüdischen Gebiete von Gusch Katif infolge eines Beschlusses der Regierung Sharon und der 16. Knesset ist nun abgeschlossen. Es ist viel Tinte geflossen, weil viele dieses Ereignis kommentiert, rechtfertigt oder kritisiert haben. Die Thesen der Linken sind allgemein bekannt, doch interessant wäre es zu erfahren, wie die rechten Parteien die Tatsache erklären und legitimieren, dass es ihr nicht gelungen ist, das aufzuhalten, was ihrer ge-

samten grundlegenden politischen Ideologie widerspricht, nämlich die Vertreibung von Tausenden von Juden aus ihren rechtmässigen Häusern. Um besser zu begreifen, wie die israelische Rechte die Ereignisse analysiert und wie sie die Zukunft sieht, haben wir den Abgeordneten des Ichud Leumi getroffen, *URI ARIEL*, einen der Architekten der jüdischen Städte und Dörfer in Judäa-Samaria-Gaza.



Ariel Sharon unterzeichnet den Befehl die Juden aus Gusch Katif auszuweisen, die Häuser und Synagogen zu zerstören und das Land der Terroristenorganisation PLO zu überlassen.

Wie erklären Sie sich, dass der Verzicht auf die jüdischen Gebiete von Gusch Katif und die Vertreibung von Tausenden von Juden fast ohne Widerstand abgelaufen ist?

Bei einer vor kurzem durchgeführten Umfrage hatten wir die Leute aus verschiedenen Gesellschaftsschichten im ganzen Land Folgendes gefragt: «Wären Sie zugunsten des Friedens bereit, Ihr Haus zu räumen und zu verlassen?». Über 50% von ihnen haben diese Frage ohne zu zögern bejaht. Dies beweist, dass wir 57 Jahre nach der Staatsgründung immer noch nicht wirklich in diesem Land und in dieser Erde verwurzelt sind. Dazu kommen ideologische Gründe, insbesondere der Gedanke, dass ein Mensch mehr wert ist als Boden, und dass man ohne weiteres auf Land verzichten kann, wenn ein Menschenleben auf dem Spiel steht. Diese Vorstellung hat man in Bezug auf Gusch Katif heraufbeschworen, auch wenn sie der Realität überhaupt nicht entspricht, denn durch den Verzicht auf diese Region haben wir rein gar nichts erreicht, ganz im Gegenteil: wir sind geschwächt worden und haben ausserdem zahlreiche Leben gefährdet. Dazu kommt die Tatsache, dass Glauben und Religion uns bei weitem nicht genügend tief verankert sind und dass viele unserer Politiker denken, dass sie die Welt regieren, und dabei

vergessen, dass ein *anderer* über ihnen steht. Sie verdrängen auch gern den Fakt, dass unser Recht auf Israel einzig und allein auf der Torah beruht. Rein praktisch gesehen ist meiner Ansicht nach der Mangel an Opposition auf unsere schlechte Einschätzung der wahren Absichten Ariel Sharons und seine Entschlossenheit zurückzuführen. Aus diesem Grund hatten wir kein Oppositionsprogramm ausgearbeitet, das auf politischer Ebene sowie im Hinblick auf die Information der Öffentlichkeit und vor Ort ausreichend erfolgreich gewesen wäre. Jetzt müssen wir unbedingt die Zukunft vorbereiten, denn es ist durchaus möglich, dass uns eine erneute Reihe von Versuchen bevorsteht, Menschen zu vertreiben und jüdische Gebiete aufzugeben. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass Ariel Sharon in Bezug auf seine Position auf eine Kehrtwende vollzogen hat, denn noch vor anderthalb Jahren verkündete er überall, die Idee, auch nur ein einziges jüdisches Dorf in Gusch Katif, wie beispielsweise Netzarim, aufzugeben, entspreche dem Verzicht auf Tel Aviv. Er wurde aufgrund einer nationalistischen und auf Sicherheit ausgerichteten Plattform gewählt und hat später die Stimmen der Wähler und den Auftrag, der ihm von ihnen erteilt wurde, einfach ins Gegenteil verkehrt, was gegen die Grundregeln der Demokratie verstösst.



Das kleine Dörfchen Nitzan war bei weitem ungenügend, um die zehntausend Flüchtlinge des Inneren, welche aus ihren Häusern getrieben wurden, aufzunehmen. Der Staat hatte praktisch nichts für ihre Integration vorgesehen.

Ist eine in der Knesset lancierte Initiative sinnvoll und denkbar, mit der sich Israel zu einer Rückkehr nach Gusch Katif und zum Wiederaufbau verpflichten würde?

Gegenwärtig bestimmt nicht. Man braucht heute nur festzustellen, dass keiner der Kandidaten im Likud die Ariel Sharon ersetzen wollen, eine solche Möglichkeit erwähnt haben. Wie Sie wissen, gelten aber Gusch Katif, wie Naplus (Schchem), wo sich das Grab von Joseph befindet, oder auch Jericho, als feste Bestandteile von Israel, und wir werden bei der ersten Gelegenheit dorthin zurückkehren.

Wie kommt es, dass die politische Opposition nicht stark genug war, um den Rückzug zu verhindern?

Wir hätten eine blutige, gewaltsame Kampagne starten können. Doch wir handeln gemäss den Vorschriften der Torah, die es eben nicht zulässt, dass der Zweck die Mittel heiligt und dass alles erlaubt ist, um ein Ziel zu erreichen. Wir sind doch keine Mörder. Wir wussten, dass das Problem Gusch Katif für Ariel Sharon zu einer Obsession geworden war. Er hat übrigens erklärt, dass er die Araber, falls sie das Feuer eröffneten, zum Schweigen brächte, dass er dann aber

trotzdem die Evakuierung zu Ende führen würde. Nichts, auch kein schlimmer Terroranschlag, hätte ihn aufhalten können. Die Opposition war ganz offensichtlich nicht so eisern entschlossen wie er.

Wie bereiten Sie die Zukunft vor?

Man muss sich vorerst klar machen, dass wir uns vom Schock und vom erlittenen Trauma erholen müssen. Für uns besteht die Zukunft nicht aus den nächsten Wahlen, obwohl diese sehr wichtig sind, da deren Auskommen für die Politik Israels der nächsten Jahre entscheidend sein wird. Wir arbeiten kurzfristig, aber unser Konzept der Zukunft betrifft die nächsten 15 Jahre. In diesem Geist müssen wir auf drei Ebenen aktiv werden: in der Politik, in der Erziehung und vor Ort. In der Politik müssen wir die Unterstützung der Öffentlichkeit erkämpfen, damit sie es nie wieder zulässt, dass ein solches Programm überhaupt geplant wird. Noch wichtiger ist es allerdings, vor Ort immer mehr vollendete Tatsachen zu schaffen. Nehmen wir z.B. Maale Adumim, eine Stadt mit mehreren zehntausend Einwohnern: es käme niemandem in Israel in den Sinn, sie zu verlassen oder zu zerstören. Wir bereiten auch einen Wechsel an der politischen Spitze vor. Wir werden es uns langfristig nicht erlauben können, eine nicht

fromme Führung zu haben, für die der religiöse Aspekt des jüdischen Staates keinerlei Bedeutung besitzt. Wir beziehen unsere Kraft nicht aus der politischen Korrektheit, sondern aus der Torah. Darüber hinaus gibt es in Israel sehr viel mehr Menschen, die dem Glauben nahe stehen, als es uns gewisse Untersuchungen weismachen wollen, auch wenn ein religiöser Diskurs «überholt oder extrem» erscheinen mag. Wenn jemand nicht koscher isst oder den Schabbat nicht einhält, bedeutet das noch lange nicht, dass er deshalb den jüdischen Werten fremd ist oder sie ablehnt, vor allem wenn diese den jüdischen Charakter des Staates Israel betreffen. Auf dieser Ebene könnten sich die politischen Gegebenheiten ändern, und zwar schneller, als man denkt. Im Bereich der Erziehung arbeiten wir an einem langfristigeren und tiefer greifenden Programm. Wir stehen gegenwärtig vor der Herausforderung, auf allen Stufen, auch auf akademischem Niveau, eine neue pädagogische Ausrichtung zu finden. Und ein letzter Punkt ist das Justizsystem, das völlig der Regierung unterstellt ist. In dieser ganzen Angelegenheit des Rückzugs haben wir festgestellt, dass der Oberste Gerichtshof, mit Ausnahme von zwei kleineren Fällen, immer voll hinter der Regierung stand, sogar im Bewusstsein, dass diese in Wirklichkeit antidemokratisch handelte und die grundlegendsten Menschenrechte mit Füßen trat. Sein Ziel, wie auch derjenige der Regierung, war es, die Juden an jeden Preis umzusiedeln. In diesen drei Bereichen sollten wir neue Führungskräfte suchen, am besten junge, fähige Leute, die wir dazu ermutigen müssen, sich im Rahmen des Ministeriums für Verteidigung, Aussenpolitik, Justiz usw. für das Allgemeinwohl zu engagieren. Und schliesslich müssen wir auf politischer Ebene kurzfristig unsere Kräfte sammeln, damit die Öffentlichkeit mehr Mandate an die Knesset überträgt.

Dies hört sich nach einem langfristigen Programm an. In der Zwischenzeit kann aber die Regierung noch zahlreiche Gebiete abtreten. Wozu soll es also gut sein?

Wir müssen uns, wie ich bereits erwähnte, anstrengen, um an den nächsten Wahlen, die spätestens in einem Jahr stattfinden, so viele Mandate wie möglich zu erhalten. Dazu entwickeln wir ein Informationsprogramm für die breite Öffentlichkeit, die nicht weiss, worum es geht und die sich nie vor Ort in die Gebiete von Judäa oder Samaria begibt. Wir müssen ihnen die Tatsachen vor Ort zeigen, damit sie sich in vollem Bewusstsein um die Realitäten entscheiden können. Gleichzeitig werden wir uns für den schnelleren Ausbau der bestehenden Städte und Dörfer einsetzen.

Die jüngste Erfahrung hat gezeigt, dass es nichts Endgültiges bedeutet, wenn sich Juden an diesem oder jenem Ort in Israel niederlassen, da die Regierung sie wieder vertreiben kann. Wieso sollten die Menschen das Risiko, sich eine Existenz an einem womöglich provisorischen Ort aufzubauen, also erneut auf sich nehmen?

Genau dieser Punkt stellt unsere Herausforderung dar. Es geht nicht um die Ansiedlung einiger Dutzend



Obwohl die politische Rechte in der Knesset oft interveniert ist, war sie nicht im Stande die Aussiedlung zu stoppen.

Familien, sondern um die Schaffung einer Massenbewegung. Ich kann Ihnen sagen, dass es eine Menge junger Leute und Paare gibt, die bereit sind, sich in Judäa-Samaria niederzulassen. Langfristig werden sie eine Änderung bewirken.

Haben nach dem Rückzug einige Menschen ihre Häuser in Judäa-Samaria mit der Überzeugung verlassen, es lohne sich nicht mehr zu bleiben?

Nein, aber es trifft zu, dass die Rate des Bevölkerungswachstums, die in den letzten Jahren stark gestiegen war, heute etwas zurückgeht.

Diese ganze Operation war schon an sich ziemlich schockierend, doch wirklich dramatisch war, dass diese Menschen nun zu «innerstaatlichen Flüchtlingen» geworden sind. Glauben Sie, dass sich die Dinge anders entwickelt hätten, wenn sie die ursprünglichen Angebote der Regierung akzeptiert hätten und freiwillig gegangen wären?

Sicher nicht, denn man hat praktisch nichts für sie getan. Diese Frage weist nämlich auch einen moralischen Aspekt auf. Wenn morgen jemand bei einer Frau an die Tür klopft und zu ihr sagt: «Ich möchte Sie vergewaltigen, machen Sie mir doch bitte die Tür auf», wird sie sich bestimmt verweigern. Könnte nach ihrer gewaltsamen Vergewaltigung eine Sozialhelferin zu ihr sagen: «Wenn Sie die Tür freiwillig aufgemacht hätten, wäre alles einfacher gewesen»? Ganz bestimmt nicht.

Warum waren Sie überrascht, dass Ariel Sharon diese Evakuierung durchgeführt hat? Schliesslich hatte doch er bereits 6'000 Juden aus Yamit ausgewiesen?

Ja, das stimmt, doch diese Evakuierung erfolgte im Rahmen eines Friedensvertrags mit einem arabischen



*«Wir haben alles getan, um eine blutige, gewaltsame Kampagne zu vermeiden.
Doch für uns heiligt der Zweck die Mittel nicht.»*

Staat. Trotz aller daraus entstehenden Probleme kann man sagen, dass dieses Abkommen sich bewährt hat. Seit einer Generation herrscht Ruhe an unserer südli-

chen Grenze. Doch was Gaza betrifft, besteht die Tragödie nicht aus der Tatsache, dass wir keine Gegenleistung erhalten haben. Alle militärischen Analysen zeigen, dass wir unsere strategische Position geschwächt haben.



Die Polizei und die Armee haben riesige Mittel zur Ausweisung der Juden aus Gusch Katif angeordnet.

Sie klingen trotz allem recht optimistisch. Warum?

Ich habe grosses Vertrauen in die israelische Bevölkerung. Ich habe gesehen, wie die Vertriebenen von Gusch Katif empfangen wurden, welche Unterstützung sie von ihren Familien erhielten und wie eine Solidaritätsbewegung entstand. Bei schweren Schicksalsschlägen sind wir füreinander da. Wenn ich ausserdem auf historischer Ebene die vergangenen hundert Jahre betrachte, haben wir in deren Verlauf die Shoah erlebt, als wir uns am Tiefpunkt befanden, aber auch die Wiederauferstehung des Staates, einen Höhenflug. Es geht aufwärts, doch auch wenn der Aufstieg steil und voller Hindernisse ist, geben wir nicht auf und gehen stetig weiter auf unser Ziel zu. Natürlich machen wir heute schwere Zeiten durch, unsere Gegner jubeln. Doch vergessen wir nicht, dass wir 1948 mit Gewalt aus Gusch Etzion vertrieben wurden und heute, 19 Jahre später, dort wieder eine blühende Gemeinschaft geschaffen haben. Genauso werden wir nach Gusch Katif zurückkehren!